



Alexander von Brünneck
25 JAHRE BRD
Grundstrukturen ihrer Geschichte
Vorwort · Peter von Oertzen

Bücherzettel

Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung,
für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern,
Erfahrungsberichte projektbezogener Aktivitäten etc.

★ neu 1.6.74

TEXTE ZUR SCHULUNGSARBEIT

Herrschaftsstruktur und Eigentumsverhältnisse in der BRD.....	-50
Die Macht der Konzerne I	-50
Sozialstaatsillusion, zur Aktualität der marxischen Staatstheorie.....	-50
Kritik des Reformismus	-50
Zur Aktualität der marxischen Krisentheorie	-50
Die Macht der Konzerne II	-50
KARL KORSCH, Einführung in den Marxismus für Anfänger	1,--
HUFFSCHMID, MANDEL u.a., Zur Lage der Arbeiterklasse in der BRD.	1,--
Thesen des Bundesstrategiekongresses der Juso, 1971 Hannover ..	-50
Thesen zu Massenmobilisierung und Organisation	-50
Was hat der Arbeiter von der "sozialen Marktwirtschaft"?	-50

Schulungsmappe (enthält alle vorstehenden Texte im Ringordner). 8,--

- ★ Was hat der Arbeiter von der "sozialen Marktwirtschaft"? II ... -50
- ★ Was hat der Bauer von der "sozialen Marktwirtschaft"?
- ★ OTTEN, Stichworte zu politischen Ökonomie
- ★ SCHÜTZ, METZ, Comic - die Geschichte des Tausches in Bildern... 4,--
- ★ BRUNNECK, 25 Jahre Bundesrepublik, historischer Leitfaden..... 1,50

MATERIALIEN ZUR SOZIALISTISCHEN THEORIE UND PRAXIS

LUXEMBURG, Sozialreform oder Revolution	3,--
VESTER, Solidarisierung als historische Möglichkeit	1,50
★ NEGT, R. Luxemburg-Dialektik von Spontaneität und Organisation... 4,--	
★ MANDEL, Über die Bürokratie.....	2,80
KORTE, NOLLE, Grenzen und Schwierigkeiten der SPD -Politik	-50
NEGT, OERTZEN, VILMAR, Gewerkschaften - Reform oder Revolution?	1,50

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

Arbeiterräte oder bürokratischer Zentralismus- CSSR 1968-	2,--
Perspektiven des demokratischen Sozialismus in Westeuropa	1,50
SOAK 1, Staat und SPD im Monopolkapitalismus.....	1,50
SOAK 2, Antimonopolistische oder sozialistische Hochschulpolitik.....	1,50
★ SOAK 3, Sozialistische Opposition, DOSSIER - JUGOSLAWIEN.....	1,--
CRUSIUS, WILKE, Thesen zu DKP und zur Linkssektiererei in der BRD ..	-50

WEITERE WICHTIGE SCHRIFTEN ZUR THEORIE, STRATEGIE UND PRAXIS

WERNSTEDT, u.a. Materialien zum Unterricht - Marx'sche Theorie ..	3,--
GORZ, Reform und Revolution	2,--
GORZ, Strategie in den kapitalistischen Metropolen	1,--
MANDEL, Strategie der Übergangsforderungen	1,50
Arbeiter und Freiheitslieder, Liederbuch für Genossen	6,--

Lieferbedingungen

1. Wiederverkäufer (Buchhandel) erhalten auf die Endpreise der in diesem Prospekt verzeichneten Titel 30% Rabatt. Die Portokosten gehen zu Lasten der Empfänger. Die Lieferungen sind zahlbar 30 Tage nach Rechnungsdatum.

2. Der Einzelverkauf für Endabnehmer, die direkt beim Verlag bestellen, erfolgt gegen Vorauszahlung. Wir empfehlen, der Bestellung den Gegenwert beizulegen in Bargeld - keine Briefmarken, oder als Scheck bzw. Postscheck. Bei Bezahlung mit Bestellung

erfolgt portofreie Zusendung. Wenn der Bestellung keine Zahlung beiliegt, stellen wir eine Voraus-Rechnung (zuzüglich Versandkosten) und liefern erst nach Bezahlung der Vorausrechnung aus.

3. Gruppen erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren eines Titels 20% Rabatt auf den Endpreis. Die Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung unter den gleichen Bedingungen wie bei Einzelabnahme.

4. In den Preisen sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten.

Postcheck Hannover 3925 55-302

SOAK 305 Wunstorf - Postfach 231

Tel. 05 031 / 121 66

Vorwort

Die Jungsozialisten des Bezirks Hannover legen als Leitfaden für ihre politische Schulungsarbeit und als Diskussionsbeitrag zur Auseinandersetzung über die jüngste deutsche Geschichte die Studie des Genossen von Brünneck ihren Mitgliedern als Arbeitsmaterial vor. Ich begrüße es als Parteivorsitzender, aber auch als Wissenschaftler und Kenner der Geschichte der sozialistischen Bewegung sehr, daß hierdurch der Versuch gemacht wird, die häufig allzu pauschal mit großen Schlagworten, aber ohne die erforderliche detaillierte Sachkenntnis geführte Diskussion über die geschichtliche Entwicklung hin zu unserer gegenwärtigen politischen Lage zu intensivieren. Die Studie des Genossen von Brünneck bietet, wie mir scheint, dazu einen guten Ansatzpunkt. Auch sie bedarf sicherlich der Kritik und der Ergänzung.

Wer wie ich die beschriebene Periode in der Geschichte Deutschlands nicht nur als politisch Handelnder durchlebt, sondern Teile auch als Wissenschaftler erforscht hat, wird nicht mit allen Thesen der vorliegenden Arbeit übereinstimmen können. Aber dies ist nicht verwunderlich in einer Situation, in der es bisher weder eine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte der Bundesrepublik noch gar beider deutscher Staaten seit 1945 gibt, noch auch zulängliche Darstellungen der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in West- und Ostdeutschland. Angesichts dieser Situation ist die vorliegende Schrift ganz gewiß eine wesentliche Bereicherung. Dies umsomehr, als sie eine Fülle von Literatur anführt und verarbeitet, die den jüngeren Genossen zum Teil sicherlich noch unbekannt ist. Sie veranlaßt dadurch, so hoffe ich, die jüngeren Genossen unserer Partei dazu, sich selbständig und kritisch mit der Geschichte unserer Partei und der Geschichte der politischen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten zu beschäftigen.

Ich hoffe sehr, daß die Jungsozialisten auf dem hiermit eingeschlagenen Wege fortfahren, ihre theoretische Diskussion durch qualifizierte wissenschaftliche Beiträge zu vertiefen und die Genossen zu einer noch intensiveren, gründlicheren und sachbezogeneren Auseinandersetzung mit den historischen und systematischen Problemen des Sozialismus anzuregen.

Ich wünsche der kleinen Schrift im Interesse unserer gemeinsamen Sache viele aufmerksame und kritische Leser.

Mai 1974

Peter von Oertzen

Herausgeber: Jungsozialisten Bezirk
Hannover

SOAK Druck- und Verlagskooperative GmbH
3050 Wunstorf, Postfach 231 - Juni 1974 -

Alexander v. Brünneck

25 Jahre Bundesrepublik - Grundstrukturen ihrer
=====

Geschichte
=====

1. Der Einfluß der Besatzungsmächte nach 1945

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges hörten Deutschland und alle Deutschen auf, politische Subjekte zu sein. Die Besatzungsmächte wurden zum einzigen Souverän über die politische Entwicklung in Deutschland.

Die drei Großmächte USA, England und die Sowjetunion verpflichteten sich zwar im Potsdamer Abkommen, Deutschland einheitlich zu behandeln. Faktisch stellten sie aber bald die Teilung Deutschlands her: In der sowjetischen Besatzungszone bestimmte allein die Sowjetunion die gesellschaftliche und politische Entwicklung im Sinne der Auslegung, die sie dem Potsdamer Abkommen gab. In den drei westlichen Besatzungszonen wurden die USA zur bestimmenden Macht¹. England war von den USA ökonomisch so abhängig, daß es seine Souveränitätsrechte in Deutschland praktisch an die USA ausliefern mußte². Frankreich hatte die kleinste Besatzungszone erhalten, die für Gesamtdeutschland keine große Rolle spielte. Frankreich konnte zwar zu Anfang die Entwicklung zentraler deutscher Institutionen verhindern³, es konnte sich aber im Ergebnis den Intentionen der USA nicht entgegenstellen.

Das langfristige Kriegsziel der USA hatte im wesentlichen darin bestanden, die ökonomische Isolierung der 20er und 30er Jahre zu durchbrechen und dem amerikanischen Waren- und Kapitalexport möglichst große Märkte in Europa und der Dritten Welt zu verschaffen. Erheblich höhere Exporte als bisher schienen den USA nach 1945 schon deshalb notwendig, weil nach dem Ende des Rüstungsbooms eine wirtschaftliche Depression drohte⁴. Alle kapitalistischen Industrieländer, besonders Deutschland und Japan, sollten daher gezwungen werden, ihre nach Autarkie strebende Wirtschaftspolitik der Vorkriegszeit aufzugeben. Außerdem sollten die großen Handelsblöcke der europäischen Kolonialmächte, vor allem der Sterlingblock aufgelöst werden. Diese Ziele begannen die USA mit dem Währungsabkommen von Bretton Woods von 1944, mit dem GATT-Abkommen von 1947, und mit weiteren z.T. bilateralen Verträgen, insbesondere gegenüber der

vor 1939 führenden Handelsmacht England⁵ zu verwirklichen.

Eine große Gefahr für den amerikanischen Plan der "One World", die unbegrenzt für amerikanische Exporte offenstehen sollte, war das Erstarken der Sowjetunion und der verschiedenen, nur z.T. auf die Sowjetunion bezogenen sozialistischen Bewegungen in den westeuropäischen Ländern. Die Sowjetunion stellte sich der unkontrollierten Öffnung ihrer Märkte für amerikanische Waren- und Kapitalexporte entgegen, weil die Ausdehnung des amerikanischen Privatkapitals die sozialistische Form ihrer Produktionsverhältnisse bedroht hätte. Die unter dem Eindruck des Faschismus in den westeuropäischen Ländern erstarkten sozialistischen Bewegungen wollten nach 1945 nichtkapitalistische Organisationsformen in der Wirtschaft durchsetzen. In England und Frankreich führten sie umfangreiche Verstaatlichungen durch. Am ungehinderten Import amerikanischer Waren und amerikanischen Kapitals waren auch sie nicht interessiert, weil sie damit ihre Konzepte einer jedenfalls teilweise sozialistischen Umgestaltung der nationalen Wirtschaftssysteme gefährdet hätten.

Die USA suchten ihre Interessen gegenüber Europa auf zwei Ebenen zu verwirklichen⁽⁶⁾: Sie bemühten sich einmal, den politischen Einfluß der Sowjetunion in Europa nach 1945 zunächst "einzudämmen" (Containment), später "zurückzudrängen" (Roll back). Sie stärkten andererseits innerhalb Westeuropas die kapitalistischen Kräfte so, daß die jeweiligen sozialistischen Bewegungen an Bedeutung verloren. Insbesondere mit der massiven ökonomischen Unterstützung des Marshall-Plans sorgten sie dafür, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau sich in kapitalistischen Formen vollzog.

Die Europapolitik der USA schlug sich in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in dreifacher Weise nieder⁷:

1. Die USA verhinderten mit Erfolg - auch durch Androhung offener Gewalt - alle Versuche, die überkommene kapitalistische Wirtschaftsverfassung in Richtung auf ein sozialistische zu verändern⁸. So verbot z.B. die amerikanische Besatzungsmacht die in Hessen durch eine Volksabstimmung beschlossene Sozialisierung der Grundstoffindustrie.

2. Die USA stärkten auf verschiedene Weise das Privateigentum und die Unternehmerinitiative. Indem sie dem privaten und nicht dem öffentlichen Bereich die nach den Kriegszerstörungen nötigen Investitionshilfen, besonders nach dem ERP-Programm⁹ zukommen

ließen, sorgten sie dafür, daß die normalen Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion wieder zur Geltung kamen. Zunehmend wurde ein gewisser Wohlstand auch für die Massen möglich. Angesichts der noch lange Zeit verhältnismäßig schlechten Versorgung in der SBZ mußte das dem größeren Teil des Volkes als ein Verdienst des kapitalistischen Systems der Marktwirtschaft erscheinen und zu einer kontinuierlichen Schwächung aller sozialistischen Positionen in Westdeutschland führen.

3. Die USA versuchten, den im Potsdamer Abkommen festgelegten Einfluß der Sowjetunion auf die westlichen Besatzungszonen auszuschalten. Mitbestimmungsrechte der Sowjetunion für die westlichen Besatzungszonen ergaben sich daraus, daß Deutschland nach der Abtrennung der Gebiete östlich der Oder/Neiße wirtschaftlich und politisch als Einheit behandelt werden sollte. Die wirtschaftliche Struktur sollte nach dem Potsdamer Abkommen nicht unmittelbar verändert werden, jedoch sollten die großen Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht beseitigt werden, um ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus und eine deutsche Kriegsproduktion zu verhindern. Das Potsdamer Abkommen versprach darüber hinaus der Sowjetunion Reparationen, die im Ergebnis auch aus den westlichen Besatzungszonen zu leisten waren. Die Sowjetunion war aus Sicherheitsgründen an der Durchführung der Entmachtung der Großindustrie interessiert und brauchte die Reparationen zum Wiederaufbau ihres durch die Deutschen verwüsteten Landes.

Die USA weigerten sich in der praktischen Nachkriegspolitik, der Sowjetunion in den westlichen Besatzungszonen Einfluß einzuräumen, insbesondere sie an der in Aussicht genommenen internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes zu beteiligen. Seit Mai 1946 stellten die USA die Lieferung von Reparationsgütern aus ihrer Besatzungszone ein⁽¹⁰⁾. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom März/April 1947 waren die Westmächte unter Führung der USA nicht mehr bereit, der Sowjetunion in Bezug auf Deutschland Konzessionen zu machen, sondern verlangten praktisch die bedingungslose Übernahme der amerikanischen Konzeption¹¹.

Die Sowjetunion konnte auf die Durchsetzung ihrer Sicherheits- und Wiedergutmachungsinteressen gegenüber Deutschland nicht verzichten. Aufgrund ihrer Auslegung des Potsdamer Abkommens führte sie jedenfalls in ihrer eigenen Besatzungszone die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen durch, die zunächst nur als vorläufig verstanden wurden. Sie ordnete umfangreiche Enteignungen an und entnahm hohe Repa-

rationen aus den Anlagen und der laufenden Produktion.

Die USA formten in entsprechender Weise die Westzonen ausschließlich nach ihren Interessen. Ihnen war es lieber, ein halbes Deutschland ganz zu kontrollieren, als ein ganzes Deutschland nur halb. Die ökonomische und politische Teilung Deutschlands war die notwendige Folge.

2. Die sozialistischen Alternativen

Nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland begannen - zunächst sehr zögernd - in allen politischen Kreisen die Diskussion über die Ursachen der als Katastrophe empfundenen Niederlage und über die Strukturprinzipien eines neuen Deutschland. Diese Überlegungen gingen in zwei Richtungen: Auf der einen Seite stand die Rückbesinnung auf humanistisch-christliche Werte, auf der anderen Seite lebten sozialistische Vorstellungen wieder auf. Beide Formen der Neuorientierung gingen zunächst oft ineinander über und wurden nicht als Gegensatz empfunden. In dem Maße, wie die Frage des Wiederaufbaus praktisch wurde, entwickelten sie sich jedoch zum Ausdruck gegensätzlicher Interessen. In verflachter Form wurden schließlich humanistisch-christliche Vorstellungen unter der auf Rekonstruktion des Kapitalismus abzielenden Herrschaft der CDU/CSU zur offiziösen Ideologie des neuen Staates. Die sozialistischen Alternativen, die in den Jahren nach 1945 im allgemeinen Bewußtsein eine große Rolle spielten, verloren ihre politische Relevanz¹².

Daß die sozialistischen Alternativen nicht verwirklicht werden konnten, war nicht von Anfang an ausgemacht. In den Jahren nach 1945 war weithin anerkannt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem am Aufstieg des Nationalsozialismus entscheidenden Anteil gehabt hatte. Es erschien allgemein zweifelhaft, ob die große Aufgabe des ökonomischen Wiederaufbaus mit der bisherigen Wirtschaftsverfassung zu lösen sei. Wolfgang Abendroth beschreibt die "erstaunlich rasche, breite und in Bezug auf seine Problemstellungen tiefe Renaissance"⁽¹³⁾ des sozialistischen Denkens: "So bahnte sich in dieser jungen Generation der damaligen deutschen Intelligenz eine Wendung an, die sozialistisches Denken fast als selbstverständlich bewußt übernahm. Unter Ablehnung der Dogmatisierung, wie sie die bürokratischen Apparate der Arbeiterbewegung vor 1933 ihren Bedürfnissen entsprechend vorgenommen (und die sozialistische Theorie

dadurch fruchtlos gemacht) hatten, deren Wiederaufleben in KPD und SPD aber allzu rasch erkennbar wurde, begann die junge Generation nach Wegen der Weiterentwicklung einer lebendigen Theorie, wie sie die dialektische Methode bei Marx und Engels einst gewesen war, zu suchen, ..." ¹⁴. Das breite Spektrum dieser sozialistischen Diskussion schlug sich theoretisch etwa in den beiden führenden intellektuellen Zeitschriften der damaligen Zeit nieder, in "Der Ruf" und in den "Frankfurter Heften" ¹⁵.

Sozialistische Forderungen fanden in den ersten Jahren nach 1945 breite Zustimmung bei den Massen. Das zeigte sich z.B. an der Volksabstimmung über die hessische Verfassung vom 1.12.1946. Der Verfassung als ganzer stimmten 76,8 % der gültigen Stimmen zu. Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung fand über den Art. 41 des Verfassungsentwurfes eine besondere Abstimmung statt. Art. 41 sah u.a. die Verstaatlichung der Montanindustrie, der Energiewirtschaft und die staatliche Kontrolle der Großbanken und Versicherungen vor. Dieser Vorschrift hatten im Landtag bereits SPD, KPD und CDU zugestimmt, nur die LPD war dagegen. In der gesonderten Abstimmung billigten 72 % der gültigen Stimmen den Art. 41 ¹⁶. Nur wegen eines Einspruches der Militärregierung konnte die Bestimmung nicht in Kraft treten.

In Nordrhein-Westfalen fanden 1946 und 1947 große Streiks und Demonstrationen für die Sozialisierung der Grundstoffindustrie statt. Zwei Landtage beschloßen Gesetze zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft (am 25. Januar 1947 und am 6. August 1948). Beide Gesetze wurden von der britischen Militärregierung suspendiert ¹⁷.

Ansätze zu sozialistischen Positionen vertraten in den ersten Jahren nach 1945 auch die bürgerlichen Parteien. Zwar stellte sich ihnen die FDP/LPD im allgemeinen entgegen, sie war aber eine relativ kleine Partei. Die CDU als die wichtigste der bürgerlichen Parteien trat bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums für gemeinwirtschaftliche Eigentumsformen und für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsplanung ein ¹⁸. "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden", hieß es in dem Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 1947 ¹⁹. Die wirtschaftspolitische Programmatik der CDU in der Anfangszeit war jedoch widersprüchlich und halbherzig ²⁰. Praktisch schon seit der Währungsreform, theoretisch mit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU/

CSU vom 15. Juli 1949²¹ löste die CDU/CSU diese Widersprüche zugunsten eines kompromißlosen Engagements für den Neoliberalismus in der Form der "Sozialen Marktwirtschaft".

Eindeutiger verhielt sich die SPD²². Kurt Schumacher erklärte auf dem 1. Nachkriegsparteitag der SPD 1946 in Hannover den Sozialismus zur "Aufgabe des Tages"²³. In der auf diesem Parteitag verabschiedeten Resolution hieß es: "Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividende und Grundrenten zu zahlen."²⁴ In ihren sozialistischen Vorstellungen setzte sich die SPD von den autoritären und bürokratischen Zügen des Stalinismus scharf ab²⁵. Sie faßte ihr Konzept in dem Begriff des "demokratischen Sozialismus" zusammen²⁶. Der demokratische Sozialismus ging davon aus, daß Freiheit des Einzelnen und soziale Gerechtigkeit nur in einer bewußt geplanten aber gleichzeitig demokratisch kontrollierten Wirtschaftsorganisation möglich seien. Die SPD forderte deshalb umfangreiche Verstaatlichungen, verbunden mit weitgehenden Mitbestimmungs- und Kontrollbefugnissen für den einzelnen Bürger, die eine Wirtschaftsdemokratie gewährleisten sollten.

In den Ländern versuchte die SPD, ihr Konzept durch Verstaatlichungen und die Einführung der Mitbestimmung durchzusetzen, scheiterte dabei allerdings weitgehend schon am Widerstand der Besatzungsmächte²⁷. In den Organen der Bizone, der Vorläuferin der späteren Bundesrepublik, stand die SPD seit Mitte 1947 in der Opposition²⁸. Im Parlamentarischen Rat versuchte sie, das Grundgesetz für den demokratischen Sozialismus offen zu halten. Sie hoffte dabei, es durch eine Mehrheit im ersten Bundestag zu verwirklichen²⁹. Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 erhielt die SPD aber nur 29,2 % der Stimmen und mußte wie im Wirtschaftsrat in die Opposition gehen. Ihr Programm des demokratischen Sozialismus blieb jedoch nach 1949 noch lange Zeit die praktisch wichtigste Alternative zur sozialen Marktwirtschaft der CDU.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften entsprachen nach längeren inneren Auseinandersetzungen im wesentlichen denen der SPD. In den "Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des deutschen Gewerkschaftsbundes" vom Oktober 1949³⁰ wurden umfangreiche Verstaatlichungen und die Einführung von Elementen einer Wirtschaftsdemokratie gefordert. Die Durchsetzung dieser Ziele scheiterte zunächst am Widerstand der Besatzungsmächte, später auch an

dem der CDU/CSU-Regierungen. Einen gewissen Erfolg von Dauer konnten die Gewerkschaften nur mit der Paritätischen Mitbestimmung im Montanbereich erzielen. Mit der Verabschiedung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 zeigte sich endgültig, daß die Bemühungen der Gewerkschaften für eine Neuordnung der Wirtschaftsverfassung gescheitert waren³¹.

Eine Sonderstellung unter den Gruppen, die für eine sozialistische Alternative eintraten, nahm die KPD ein³². Sie forderte zwar auch die Sozialisierung von Zentralbereichen der Wirtschaft, sah jedoch im Sozialismus nicht die "Aufgabe des Tages". Um ein Wiederaufleben des Faschismus zu verhindern, verlangte sie zunächst die Vollendung der bürgerlichen Demokratie³³. Dennoch galt sie wegen ihrer Identifizierung mit der Sowjetunion, wegen ihrer Unterstützung für die in der SBZ/DDR vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen und wegen ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit³⁴ als radikale Partei. Da die Politik der Sowjetunion gegenüber Nachkriegsdeutschland und die politische Entwicklung in der SBZ/DDR von den Massen als negativ und bedrohlich empfunden wurde, wurde die KPD leicht zum Brennpunkt der antisozialistischen Kritik, die im Kern nicht nur sie, sondern auch die SPD und die Gewerkschaften meinte. Das Angebot der KPD, am Wiederaufbau mit den anderen Parteien gemeinsam mitzuwirken, wurde von diesen bald abgelehnt: von der SPD schon wegen der Identifizierung der KPD mit dem Stalinismus, von den bürgerlichen Parteien weil sie von der KPD eine Bedrohung der kapitalistischen Restauration befürchteten. Mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes und den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft nahm die Bedeutung der KPD immer mehr ab: Bei den Bundestagswahlen von 1949 erreichte sie nur 5,3 % der Stimmen, bei den Wahlen von 1953 war sie mit 2,2 % der Stimmen noch erfolgloser.

3. Der ökonomische und politische Wiederaufbau

Die Chancen für die Verwirklichung der sozialistischen Alternativen sanken mit jedem Jahr seit 1947. Zunächst hatten die USA den Weg zur kapitalistischen Restauration und zur Einrichtung einer parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie in einem westdeutschen Teilstaat gewiesen. Diese Ziele übernahmen bald die bürgerlichen Schichten in Westdeutschland und die im Wirtschaftsrat seit 1947, in der Bundesrepublik seit 1949 allein regierenden bürgerlichen Parteien. Schließlich fand die neue ökonomische und politische Organi-

sationsform der Bundesrepublik eine so breite Zustimmung, daß die SPD im Godesberger Programm von 1959 und der DGB im Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 auf die bisherige Form ihrer sozialistischen Alternative verzichteten mußten. Die nach 1945 verhältnismäßig breit entfaltete sozialistische Bewegung war Anfang der 60er Jahre wieder in winzige, politisch unbedeutende Zirkel zurückgeworfen³⁵.

3.1. Der ökonomische Wiederaufbau

Die amerikanische Besatzungsmacht hatte alles getan, um für die Bundesrepublik die überkommene privatkapitalistische Wirtschaftsorganisation in einer neoliberalen Form zu erhalten. Sie hatte Verstaatlichungen verhindert mit dem Argument, daß erst eine freigeählte deutsche Zentralregierung darüber entscheiden könne, tatsächlich in der berechtigten Hoffnung, daß eine solche Regierung nie eine Verstaatlichung vornehmen würde. Sie hatte eine Währungsreform in den Westzonen durchgeführt, die die bisherige Form der Bewirtschaftung überflüssig machte und Westdeutschland ökonomisch von der sowjetischen Besatzungszone abschnitt. Sie hatte durch großzügige Hilfe, besonders im Rahmen des ERP-Programms (Marshall-Plan) dafür gesorgt, daß das Privatkapital die nötigen Investitionsmittel erhielt. Noch nach Gründung der Bundesrepublik behielten sich die Besatzungsmächte in Bezug auf die Wirtschaftsstruktur weitgehende Rechte vor, die ihnen die Möglichkeit gaben, alle Ansätze zur Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zu verhindern³⁶.

Von diesen Rechten Gebrauch zu machen, sollte sich nicht als nötig erweisen. Die CDU/CSU-geführten Regierungen setzten das Programm der sozialen Marktwirtschaft konsequent durch. Auf der einen Seite gewährleisteten sie das Privateigentum an Produktionsmitteln, beseitigten die durch Entflechtung und andere alliierte Maßnahmen herbeigeführten Beschränkungen der Großindustrie, erließen ein nur schwaches Kartellgesetz und versuchten nach Möglichkeit den Mittelstand zu fördern³⁷. Auf der anderen Seite sorgten die CDU/CSU-Regierungen dafür, daß ein Teil des neuen Wohlstandes den Massen zugute kam, um sie damit von der Richtigkeit des neuen Wirtschaftssystems zu überzeugen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse insgesamt wie auch die des einzelnen verbesserten sich seit der Währungsreform spürbar von Jahr zu Jahr. Allgemein erschien dieser Prozeß nach den Zeiten der Entbehrung in Krieg

und Nachkriegszeit als "Wirtschaftswunder". Tatsächlich war der scheinbare Aufstieg aus dem "Nichts" nur die Wiederingangsetzung der ökonomischen Gesetze der normalen kapitalistischen Akkumulation, die durch den zweiten Weltkrieg zeitweilig ausser Kraft gesetzt waren. Der ökonomische Aufstieg Westdeutschlands in den 50er Jahren war kein Wunder, sondern die Wiedergewinnung der durch die Kriegseignisse unterbrochenen langfristigen "Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung"³⁸. Die überdurchschnittlich hohen ökonomischen Wachstumsraten kamen durch ein Zusammentreffen mehrerer Faktoren zustande: Die industriellen Anlagen in Westdeutschland waren weitgehend vorhanden, wurden vor 1948 aber nicht ausgenutzt. Das Arbeitskräftepotential war diesen Anlagen entsprechend qualifiziert. Die Arbeitskräfte, insbesondere die aus den Ostgebieten und der SBZ/DDR zugewanderten, waren gezwungen, angesichts der zunächst noch hohen Arbeitslosenquote auch zu geringen Löhnen zu arbeiten. Dadurch entstanden in den ersten Jahren des Wiederaufbaus verhältnismäßig hohe Gewinne, die weiten Spielraum für Neu- und Ersatzinvestitionen ließen. Schließlich entsprach die traditionelle industrielle Struktur Westdeutschlands weitgehend den Bedürfnissen des Exports im neu entstehenden Welthandelssystem. Die Reihe dieser günstigen Faktoren führte dazu, daß die der ökonomischen Entwicklung durch den Krieg zugefügten Rückschläge schon Anfang der fünfziger Jahre im wesentlichen ausgeglichen waren. Das Brutto-sozialprodukt in Preisen von 1936 überstieg im ersten Halbjahr 1950 den Stand des letzten "normalen" Vorkriegsjahres 1936³⁹. Der private Verbrauch in Preisen von 1936 übertraf erstmals im 2. Halbjahr 1951 den Stand von 1936⁴⁰. Die Bundesrepublik gewann schnell den Anschluß an die internationale technologische Entwicklung zurück. Das kam in einer gesicherten Position auf dem Weltmarkt und in überschüssigen Handelsbilanzen seit 1951⁴¹ zum Ausdruck⁴².

Im allgemeinen Bewußtsein wurde der ökonomische Wiederaufstieg Westdeutschlands freilich nicht als die Wiedereinsetzung der kapitalistischen Akkumulationsgesetze und damit auch in seinen Grenzen und seiner Krisenanfälligkeit begriffen, sondern als Erfolg des Systems der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zu den sozialistischen Alternativen. Weil die ökonomische Rekonstruktion unter dem System der sozialen Marktwirtschaft erfolgte, schien bewiesen zu sein, daß alle anderen damals denkbaren Formen der Wirtschaftsorganisation einen solchen Erfolg nicht zustande gebracht hätten. Immer wieder behaupteten die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft,

daß nur sie in der Lage gewesen sei, den ökonomischen Wiederaufstieg zu ermöglichen, und daß nur sie ihn weiter garantieren könne. Das war unter den Bedingungen der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des überragenden Einflusses der USA zwar in gewisser Weise richtig. Jedoch wurden nicht diese Bedingungen, sondern die schleppende und hinter der westdeutschen stark hinterherhinkende ökonomische Rekonstruktion in der DDR als Beleg für die Richtigkeit der sozialen Marktwirtschaft herangezogen. Die schlechte ökonomische Lage in der DDR wurde mit der Tatsache erklärt, daß dort keine soziale Marktwirtschaft, sondern der Kommunismus herrsche. Der Hinweis auf die unzulängliche Versorgung in der DDR diente immer wieder dazu, die soziale Marktwirtschaft in den Augen der Massen zu legitimieren. Verschwiegen wurde dabei, daß die relative ökonomische Rückständigkeit der DDR nur zu einem Teil auf Mängel des dortigen Planungs- und Wirtschaftssystems, ganz wesentlich aber auch auf die besonderen historischen Bedingungen in der DDR zurückzuführen war: Die verschiedenen Formen der Reparationen für die Sowjetunion schwächten die DDR erheblich. Die DDR erhielt keine der Marshallplanhilfe entsprechende Unterstützung. Die DDR besaß im Vergleich zu Westdeutschland weniger Rohstoffe. Sie erlitt durch die wegen der ökonomischen und politischen Verhältnisse nach Westdeutschland abwandernden Flüchtlinge bis 1961 große Verluste.

3.2. Der politische Wiederaufbau

Ähnlich wie auf der ökonomischen Ebene verlief die westdeutsche Restauration auf der politischen: Der von den Besatzungsmächten unter Führung der USA vorgezeichnete Weg wurde schließlich von den Massen der Bevölkerung auf breiter Basis übernommen.

Die drei westlichen Besatzungsmächte strebten für ihre Besatzungszonen die Gründung eines westdeutschen Teilstaates mit einer demokratisch-rechtsstaatlichen und föderalen Verfassung an. Dieser Wille der Westmächte kam in der Übergabe der "Frankfurter Dokumente", die den Auftrag zur Ausarbeitung eines Grundgesetzes enthielten, an die westdeutschen Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 sinnfällig zum Ausdruck. Bei den damals zugelassenen Parteien war prinzipiell die Notwendigkeit der Gründung eines solchen Staates unbestritten. Nur die KPD war gegen die Gründung der Bundesrepublik mit dem Argument, daß dadurch ein einheitliches Deutschland verhindert werde.

Angesichts der ungesicherten politischen Situation der Jahre 1948/49 und der damaligen Bedeutung der nationalen Frage im politischen Bewußtsein der Massen bestand die Gefahr, daß eine derartige Ablehnung des neuen Staates Schule machen würde, insbesondere wenn sich wirklich erweisen sollte, daß er die Wiedervereinigung nicht fördern würde. Tatsächlich zeigte sich jedoch schon nach kurzer Zeit, daß die Legitimität des neuen Teilstaates allgemein anerkannt wurde.

Dazu trug nicht nur der mit dem neuen Staat verbundene ökonomische Wiederaufbau bei. Die parlamentarisch-demokratische und die rechtsstaatliche Form der Bundesrepublik schien die richtigen Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit zu ziehen wie auch die einzig mögliche Alternative zu der als bedrohlich empfundenen Staatsorganisationen in der DDR zu sein. Die parlamentarisch-rechtsstaatliche Form der Bundesrepublik wurde im übrigen vor allem deshalb akzeptiert, weil sie auf staatsbürgerlichem Gebiet reale Vorteile bot, die im Nationalsozialismus wie in der DDR vermißt wurden. Als Beispiele seien nur genannt: Die Möglichkeit zur freien Ausreise (auch für touristische Zwecke und unter Mitnahme der notwendigen Devisen), eine von Behörden unzensurierte Presse, justizieller Schutz vor willkürlicher politischer Verfolgung bis zur ungehinderten Einfuhr von den als attraktiv geltenden Kultur- und Konsumerzeugnissen des Westens (die damals etwa von Boogie Woogie bis zum Petticoat reichten).

Das politische System der Bundesrepublik war bald im Bewußtsein der Bevölkerung viel tiefer verankert als die Weimarer Republik. Das war angesichts der Tatsache, daß die Deutschen praktisch bis zur Kapitulation dem Nationalsozialismus gefolgt waren, keineswegs selbstverständlich. Die Anerkennung des neuen politischen Systems beruhte allerdings nur zu einem geringen Teil auf einer rationalen Verarbeitung der Erfahrungen des Nationalsozialismus. Viel entscheidender waren die Erfahrungen der Ohnmacht und des Elends der ersten Nachkriegsjahre, gegenüber denen jede neue politische Organisationsform als Fortschritt erscheinen mußte. Die meisten Sympathien dürfte der neue Staat durch die mit ihm verbundenen realen ökonomischen und politischen Vorteile gewonnen haben. Die parlamentarische und rechtsstaatliche Komponente des neuen Staates ist im übrigen vor allem durch die Existenz eines anderen deutschen Teilstaates mit einer gänzlich anderen Verfassungsstruktur legitimiert worden. Damit hat weniger die Erfahrung des nationalsozialistischen Terrors als die permanent gegenwärtige Alternative eines Staates mit sozialistischen Anspruch

die bürgerliche Demokratie in Deutschland durchgesetzt.

3.3. Die Außenpolitik der Bundesrepublik

Außenpolitisch mußte der neue Staat eine strikt pro-amerikanische und antikommunistische Politik treiben. Dazu war er nicht nur durch die faktisch bis 1955 bestehende Oberhoheit der westlichen Besatzungsmächte und durch die für die Zeit danach geltenden vertraglichen Bindungen an den Westen gezwungen. Die Integration in den Westen war insbesondere aus ökonomischen Gründen unumgänglich. Die westdeutsche Industrie hatte durch den Zweiten Weltkrieg ihre traditionellen Märkte im Osten und Südosten Europas verloren. Die sich nach 1945 verstärkt anbahnende internationale ökonomische Arbeitsteilung war angesichts der relativen ökonomischen Schwäche der Sowjetunion für die deutsche Industrie nur durch eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit dem Westen zu verwirklichen. Die ökonomische Integration der Bundesrepublik in den Westen entsprach aus komplementären Gründen den unmittelbaren Interessen der westeuropäischen Länder und der USA. Die ökonomische Westintegration der Bundesrepublik fand in dem Beitritt zur Montanunion von 1951 und zur EWG von 1957 ihren sichtbaren Ausdruck.

Auf der anderen Seite mußte der neue Staat die konsequente Abgrenzung zur DDR und zu der sie protegierenden Sowjetunion suchen. Die DDR war für die Bundesrepublik in den ersten Jahren trotz ihrer ökonomischen und politischen Schwäche eine doppelte Bedrohung: Sie stellte einerseits eine konkrete Alternative zur sozialen Marktwirtschaft dar. Falls der Wiederaufbau mit dem System der sozialen Marktwirtschaft scheitern und stocken würde, war ein Engagement der Massen für eine Wirtschaftsorganisation, wie sie in der DDR herrschte, nicht ausgeschlossen. Andererseits war die bloße Existenz der DDR für die Bundesrepublik eine Herausforderung für ihre nationale Legitimation. Solange die nationale Frage als ein brennendes und offenes Problem empfunden wurde, bestand immer die Gefahr, daß wesentliche Strukturmerkmale der Bundesrepublik zugunsten eines wiedervereinigten Deutschlands aufgegeben würden. Solche Strukturveränderungen eines wiedervereinigten Deutschlands hätten sich aus gewissen, besonders von der Sowjetunion geforderten Auflagen der Siegermächte ergeben und wären im übrigen wahrscheinlich dadurch zustande gekommen, daß SPD und KPD angesichts des

traditionell anderen Wählerverhaltens in den Gebieten der DDR in einem Gesamtdeutschland die entscheidende Rolle gespielt hätten. Derartige Entwicklungen für ein Gesamtdeutschland wurden von den CDU/CSU-Regierungen als die "Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus" und in ähnlicher Weise hingestellt. Um sie zu verhindern, steuerten die CDU/CSU-Regierungen in der Frage der Wiedervereinigung einen maximalistischen Kurs, der auf die bedingungslose militärische, ökonomische und politische Herausgabe der DDR durch die Sowjetunion an den Westen hinzielte. Die Sowjetunion war dazu nicht bereit, weil sie damit einer Vorverlegung des amerikanischen Einflüßbereiches zu ihren Lasten zugestimmt hätte. Sie forderte jedoch nicht, wie es von den Vertretern der Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik immer wieder behauptet wurde, die Eingliederung Gesamtdeutschlands in ihren Einflüßbereich. Die größten Konzessionen machte die Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung in ihrer Note vom 10. März 1952: darin bot sie den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer frei gewählten deutschen Regierung an, der ein einheitliches, demokratisches Deutschland zum Ziel hatte. Wirtschaftliche Strukturveränderungen waren nicht unmittelbar vorgesehen. Die einzige einschneidende Auflage sollte die dauernde militärische Neutralisierung Deutschlands sein⁴³.

In der Bundesrepublik setzten sich besonders die SPD und die KPD für die Prüfung dieses Angebotes in Verhandlungen mit der Sowjetunion ein. Die Bundesregierung und die Westmächte verlangten jedoch, daß ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland frei sein müßte, auch dem westlichen Bündnis beizutreten⁴⁴. Das war für die Sowjetunion eine unannehmbare Bedingung. Zu ernsthaften Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands kam es daher nicht.

Stattdessen vertrat die Bundesregierung gegenüber der DDR und der Sowjetunion die westliche "Politik der Stärke". Die kontinuierliche ökonomische und militärische Stärkung des Westens sollte die Sowjetunion auf eine nicht näher definierte Weise dazu zwingen, eines Tages einer Wiedervereinigung zu den Bedingungen des Westens zuzustimmen. Es erwies sich allerdings schon bald nach Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955, daß auf diese Weise eine Wiedervereinigung nicht zu erreichen war⁴⁵.

Aus heutiger Sicht ist an dieser Politik das größte Problem, warum eine so weitgehend auf "Irreführung und Selbsttäuschung"⁴⁶ aufgebaute Deutschlandpolitik nicht allgemein als solche durchschaut wurde, son-

dern im Gegenteil in der Bundesrepublik breite Zustimmung finden konnte. Entscheidend dafür war vermutlich die Tatsache, daß die DDR und die Sowjetunion weithin als Aggressor und als Feind alles dessen, was in der Bundesrepublik aufgebaut wurde, stilisiert werden konnte. Die Struktur des stalinistischen Herrschaftssystem in der Sowjetunion, die vergleichsweise schlechteren Lebensverhältnisse in der DDR sowie das Verhalten der Sowjetunion gegenüber Deutschland und den osteuropäischen Ländern nach 1945 boten sich für die Propagierung eines solchen Feindbildes geradezu an. Die Abtrennung der Oder-Neiße Gebiete, die Forderung nach Reparationen, die Berlin-Blockade, der 17. Juni 1953, die Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen bis 1955, die Niederschlagung der Volksaufstände in Ungarn

und Polen durch sowjetische Truppen 1956 und die scheinbar nicht enden wollenden Streitigkeiten um Berlin waren objektiv Gründe dafür, daß es den damaligen Repräsentanten der Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik gelang, die Sowjetunion und die DDR als den absoluten Feind, mit dem man nicht verhandeln konnte und dem man nicht die geringste Konzession machen durfte, hinzustellen. Da die Sowjetunion ihre politischen, ökonomischen und militärischen Interessen in Ost- und Mitteleuropa konsequent durchgesetzt hatte, schien es evident zu sein, daß sie dasselbe auch in Westeuropa versuchen würde. Unter diesen Umständen konnte sich die Überzeugung verbreiten, daß es besser sei, ein Stück von Deutschland als "Bollwerk gegen den Kommunismus" auszubauen, als für ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland auch noch so geringe Konzessionen an die Sowjetunion zu machen.

Die Auffassung, von der Sowjetunion bedroht zu werden, war schließlich so verbreitet, daß die Aufstellung einer neuen deutschen Armee durchgesetzt werden konnte. Gegen die Wiederaufrüstung hatte es noch Anfang der 50er Jahre unter dem Eindruck der Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges eine sehr breite Protestbewegung gegeben⁴⁷. Sie verlor mit jedem Jahr an Bedeutung, obwohl konkrete Beweise dafür, daß die Sowjetunion Westeuropa militärisch angreifen wollte, fehlten. Daß die Sowjetunion eine solche Absicht gehabt hatte, ist unwahrscheinlich. Mindestens die Vergeltung der in den 50er Jahren noch weit überlegenen amerikanischen Atomwaffen mußte das Risiko eines solchen Angriffes für die Sowjetunion unübersehbar erscheinen lassen. Die hohe Rüstung der Sowjetunion erklärte sich im wesentlichen daraus, daß die Sowjetunion einerseits eine militärische Intervention des

Westens im Zuge der "Roll-back-Strategie" fürchtete, andererseits daraus, daß die Sowjetunion große und weiträumig verteilte Truppenkontingente zur Disziplinierung der von ihr abhängigen osteuropäischen Staaten benötigte.

Seinen größten Nutzen warf der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik unter diesen Umständen auf ideologischem und politischem Gebiet ab: Er machte in der Form eines Katalysators allen Bürgern noch einmal deutlich, daß für die Bundesrepublik die Kommunisten keine Verhandlungspartner, sondern Feinde waren und daß die Bundesrepublik bedingungslos im Lager des Westens stand. Das Junktim zwischen Wiederaufrüstung, Eintritt in die NATO und Erlangung der Souveränität von 1955 war der Ausdruck für die außenpolitische Zwangslage der Bundesrepublik: Sie wurde nur soweit in die Selbständigkeit entlassen, wie sie sich dem westlichen, kapitalistischen Lager unter Führung der USA anschloß.

3.4. Der CDU-Staat

Vor diesem Hintergrund bildete sich ein politisches und gesellschaftliches System heraus, das später treffend als "CDU-Staat" bezeichnet wurde. Welche Partei im neuen Staat die Regierung bestimmen würde, schien 1949 zunächst offen. Die Wahlentscheidung von 1949 war knapp. CDU/CSU und SPD erhielten annähernd gleichviel Stimmanteile (31,0 % für die CDU/CSU, 29,2 % für die SPD). Adenauer wurde nur mit einer Stimme Mehrheit von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien zum ersten Bundeskanzler gewählt. Die Politik der unter Führung der CDU/CSU stehenden Regierung war in den ersten Jahren sehr umstritten. Erst mit der Wahl von 1953 gelang der CDU/CSU der große Durchbruch. Sie gewann etwa 14 % der Stimmen zu Lasten der anderen bürgerlichen Parteien hinzu. Ihre Koalition hatte dadurch im Bundestag eine breite und gesicherte Mehrheit. Der Stimmenanteil der SPD hatte demgegenüber mit 28,8 % leicht abgenommen. Entscheidend für den Wahlsieg der Regierungskoalition von 1953 waren die schon deutlich sichtbaren Erfolge des ökonomischen Wiederaufbaus, die als Verdienst der sozialen Marktwirtschaft hingestellt wurden. Der Trend zur CDU/CSU setzte sich 1957 fort, als sie mit 50,2 % die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreichte. Die Wahlen von 1961 und 1965 bestätigten trotz gewisser Verluste die Koalition unter Führung der CDU/CSU.

Der CDU/CSU gelang es im Laufe ihrer langen Herr-

schaft in der Bundesrepublik, nicht nur alle ihre konkreten Ziele auf innen- und außenpolitischem Gebiet durchzusetzen. Sie konnte darüber hinaus die von ihr vertretenen gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen zu den allgemein anerkannten und fast unumstrittenen machen. Ihre Auffassungen bestimmten nicht nur die praktische Tagespolitik, sie wurden für die gesamte Struktur des politischen Systems bestimmend. Der CDU-Staat in diesem Sinne war gekennzeichnet durch die Propagierung von bestimmten humanistisch-christlichen Wertvorstellungen in meist stark verkürzter Form, durch einen außerordentlichen undifferenzierten Antikommunismus, durch einen weitverbreiteten politischen und intellektuellen Konformismus sowie durch stark autoritäre Grundzüge in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Die politische Bedeutung dieser Ideologie des CDU-Staates bestand vor allem darin, die Grundstrukturen der sozialen Marktwirtschaft zu legitimieren.

Von den scheinbar nur durch die CDU/CSU garantierten ökonomischen Erfolgen ging ein solcher Sog aus, daß sich das Spektrum möglicher politischer Alternativen immer mehr nach rechts verschob. Unabhängige sozialistische Gruppen gab es praktisch überhaupt nicht mehr. Die KPD wurde 1956 verboten und ihre Anhänger verfolgt. SPD und Gewerkschaften mußten wesentliche Teile ihrer bisherigen sozialistischen Programmatik aufgeben. Sie übernahmen sogar in der Tagespolitik die Konzeptionen der Regierung weitgehend. Die SPD schloß sich z.B. 1960 der Außenpolitik der Bundesregierung an⁴⁸.

Die Kirchen besaßen in der Wiederaufbauphase einen verhältnismäßig großen politischen Einfluß. Sie hatten sich offenbar als einzige Institution gegenüber dem Nationalsozialismus wie gegenüber dem Kommunismus als resistent erwiesen. Sie schienen im übrigen für die kapitalistische Restauration eine entsprechend ausformulierte Ideologie und Moral anzubieten.

Für kritisches Denken war unter diesen Umständen in der Wiederaufbauphase wenig Platz. Stattdessen begann man sich auf die intellektuellen Traditionen des deutschen Bildungsbürgertums, vermehrt um einige moderne Importe aus den westlichen Ländern, wie den Existenzialismus zurückzubesinnen. In Schulen und Hochschulen wurden die nationalsozialistischen Inhalte zwar äußerlich abgestreift. Ihre Ersetzung durch neue demokratische Inhalte blieb jedoch zunächst vielfach formal und wenig überzeugend.

Dem politischen und intellektuellen Konformismus

entsprachen in Gesellschaft und Politik weitverbreitete autoritäre Züge. Die Massen suchten die Unsicherheiten, die durch Krieg und Nachkriegszeit entstanden waren, durch Identifizierung mit der stärksten Macht der Welt, den USA, und ihrem Bündnis, der NATO, zu überwinden. Die ökonomische Anlehnung an die reichen westlichen Länder schien ihnen am ehesten den wirtschaftlichen Aufstieg zu gewährleisten. Mit kritischen Meinungen setzte man sich weniger inhaltlich als administrativ auseinander: Sie wurden mit formalen Mitteln an den Rand gedrängt, und wenn nötig und soweit im Rahmen des rechtsstaatlichen Systems möglich, mit judikativen Maßnahmen verfolgt. Ausdrück für die autoritären Züge der Epoche war die Tatsache, daß der erste Bundeskanzler Adenauer weiterhin als eine imponierende Vaterfigur anerkannt wurde. Er personifizierte nicht nur die gesamten Erfolge der Bundesrepublik, er besaß auch sichtbar das Vertrauen der Mächtigen dieser (und wie es schien, auch jener) Welt. Der autokratische Führungsstil Adenauers und sein hohes Alter bestätigten unter diesen Umständen nur sein Charisma.

Die Massen richteten sich im neuen Staat ein, so gut es ging. Streiks oder sonstige Aktionen politischen Widerstandes wurden selten. Hatte Anfang der 50er Jahre die Frage der Wiederbewaffnung noch große Mobilisierungen hervorgebracht, so blieb die Aktion "Kampf dem Atomtod" von 1958 nur noch ein letzter gescheiterter Versuch, eine größere politische Bewegung gegen den CDU-Staat zu entfesseln⁴⁹.

Konformismus und Autoritätsgläubigkeit knüpften zwar an Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaates, auch an den Faschismus an, sie fanden aber ihre wichtigste Grundlage in den Bedingungen der Wiederaufbauphase selbst: Nach dem Elend der Kriegs- und Nachkriegsjahre war den meisten die Sicherung des individuellen Lebensbereiches bald wichtiger als politische Aktionen. Der zu Anfang der Bundesrepublik noch spürbare Druck einer Konkurrenzwirtschaft mit verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit zwang die Lohnabhängigen dazu, die Bedingungen des Systems hinzunehmen. Angesichts der zunehmenden Erfolge der Bundesrepublik schien schließlich keine Chance mehr zu bestehen, relevante Strukturveränderungen durchzusetzen. Der vorgezeichnete Weg des ökonomischen Wiederaufbaus der Bundesrepublik bestand in der Ausschöpfung der objektiv vorhandenen, aber nicht genutzten Kapazitätsreserven. Unter diesen Umständen war vereintes und kräftiges Zupacken scheinbar wichtiger als langwierige Auseinandersetzungen über einen Weg, der offenbar doch nicht zu ändern war. Die "Sachzwänge" des Wiederauf-

baus hatten die politische Phantasie entmachtet.

Das neue System schien sich für die Ewigkeit einzurichten: Kontinuierliches ökonomisches Wachstum, steigende Anerkennung in der Welt und innenpolitische Stabilität ließen eine langfristige Herrschaft der CDU/CSU erwarten. Als 1959 ein so distanzierter Beobachter wie Kurt Pritzkolet die Frage stellte, ob die SPD jemals eine Chance haben würde, die CDU zu überflügeln, mußte er die Antwort geben: "Sicherlich nicht"⁵⁰.

4. Die neue Liberalität nach dem Ende des Wiederaufbaus

Tatsächlich deutete sich Anfang der 60er Jahre das Ende des CDU-Staates an. Bereits 1959 geriet der CDU-Staat in eine erste Krise, als Adenauer sich zunächst zur Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten bereiterklärte, dann aber verzichtete⁵¹. Als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, zeigte sich die ganze Hilflosigkeit der Adenauerschen Deutschlandpolitik: Sie hatte keine Möglichkeit zu einer angemessenen Reaktion. Bei den wenig später stattfindenden Bundestagswahlen von 1961 mußte die CDU/CSU einen Stimmenrückgang bis auf ihren Anteil von 1953 hinnehmen. An seinem Schlußpunkt war die Entwicklung des CDU-Staates mit der Spiegelaffäre angekommen. Hier ging die Bundesregierung mit administrativen und justiziellen Mitteln in obrigkeitstaatlicher Manier gegen unliebsame politische Kritik in einer Weise vor, die eine große liberale Gegenbewegung hervorrief⁵².

In der Spiegel-Affäre waren zum ersten Mal jene neuen Formen eines demokratischen Engagement zu spüren, die später in der Telefonabhöraffäre, in der Notstandsdiskussion und in der Studentenbewegung auftraten. In vieler Hinsicht ist die Spiegel-Affäre daher der Ausdruck für einen Wendepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die ökonomischen und politischen Bedingungen der Bundesrepublik hatten sich Anfang der 60er Jahre so geändert, daß es gerechtfertigt erscheint, die Zeit danach als die zweite große Phase in der Geschichte der Bundesrepublik zu bezeichnen. Sie ist bestimmt durch das Ende des bloßen Wiederaufbaus und durch das Entstehen eines veränderten politischen Systems, dessen Merkmal eine neue Form von Liberalität ist.

Die neue Situation der Ökonomie der Bundesrepublik seit Anfang der 60er Jahre läßt sich folgendermaßen charakterisieren: Die durch Krieg und Nachkriegszeit eingetretenen Rückschläge waren völlig ausgeglichen.

Das mit der vorhandenen Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft erreichbare Produktionsniveau war erreicht. Mit dem Bau der Berliner Mauer war der Zustrom qualifizierter neuer Arbeitskräfte aus der DDR abgeschnitten. Zur weiteren Ausdehnung der Produktion waren daher zusätzliche Automatisierungen und neue Technologien erforderlich. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung substantiell zu erhöhen und die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte dem neuen Stand der Produktionstechnik entsprechend zu erhöhen. Für die einfacheren Arbeiten wurden tendenziell immer mehr Gastarbeiter mit minderen Qualifikationen herangezogen.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre begann sich daher die Erkenntnis durchzusetzen, daß das gesamte Forschungs- und Bildungswesen modernisiert werden mußte⁵³. Da es nicht mehr genügte, vorhandene Reserven auszuschöpfen, sondern darauf ankam, den gegebenen technologischen und ökonomischen Rahmen zu erweitern, mußten neue Spielräume für Experiment und Kooperation gewährt werden. Das schlug sich zunächst im Bildungssektor nieder, wo liberale Reformmodelle allmählich die autoritären Muster der 50er Jahre verdrängten.

Die Veränderung der ökonomischen Ausgangsbedingungen zeigte sich besonders deutlich am Zusammenbruch der Erhardschen Wirtschaftspolitik in der Rezession von 1966/67⁵⁴. Solange es nur darum ging, die objektiv brach liegenden Ressourcen an Anlagen, Know-how und Arbeitskraft in der Rekonstruktionsphase auszunutzen, konnte sich die staatliche Wirtschaftspolitik auf vergleichsweise geringe Korrekturen des gesamtwirtschaftlichen Ablaufes beschränken. Zu dem Zeitpunkt, als die Phase des Wiederaufbaus vorbei war, wurden nicht nur neue Formen der Strukturpolitik notwendig, es setzte vor allem der normale kapitalistische Krisenzyklus wieder in unverfälschter Form ein. Die systematische Anwendung der auf Krisenvermeidung und Konjunktursteuerung angelegten keynesianischen Wirtschaftspolitik wurde damit notwendig.

Neben der ökonomischen Lage hatte sich die außenpolitische Situation der Bundesrepublik grundlegend geändert. Die nationale Frage stellte für die innere Struktur der Bundesrepublik seit dem Anfang der 60er Jahre keine ernsthafte Bedrohung mehr dar. Es hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine Wiedervereinigung nicht mehr in einer Form möglich war, die für größere Teile der Bevölkerung als erstrebenswert galt. Schon nach 1955 hatten die Sowjetunion und die DDR immer wieder erklärt, daß eine Wiedervereini-

gung im Sinne ihrer bisherigen Vorstellungen nicht mehr in Frage käme. Die gescheiterten Ost-West-Konferenzen der zweiten Hälfte der 50er Jahre bestätigten, daß eine Wiedervereinigung immer ferner rückte. Vollends schien die Berliner Mauer den politischen status quo in Deutschland zu zementieren. Nach der lebensbedrohenden Kubakrise von 1962 gingen die USA und die Sowjetunion von der bedingungslosen Anerkennung der gegenseitigen Einflußsphären aus. Das Moskauer Test-Stop-Abkommen von 1963 war der erste sichtbare Ausdruck für dieses neue Verhältnis der Weltmächte zueinander.

Unter diesen Umständen verlor der CDU-Staat in den 60er Jahren allmählich den Boden unter den Füßen. Eine verfehlte Finanzpolitik und Hilflosigkeit gegenüber der Rezession führte 1966 zum Bruch der langjährigen Zusammenarbeit mit der FDP und zur Großen Koalition mit der SPD. Allein ein so breites Bündnis schien noch in der Lage zu sein, die neue Situation zu meistern. In der Tat war nur die SPD mit ihrem Wirtschaftsminister Schiller fähig, eine der neuen Lage angepaßte Wirtschaftspolitik zu verwirklichen.

Der Widerspruch zwischen den überalterten Formen des politischen Systems und den neuen Notwendigkeiten schlug sich spektakulär in der Studentenrevolte nieder. Sie nahm ihren Ausgang von der - gemessen an den neuen Anforderungen - objektiven Rückständigkeit des Bildungssystems, insbesondere der Hochschulen. Im Laufe der Auseinandersetzungen machten die Betroffenen die Erfahrung, daß in vielen Fällen nur die Entwicklung neuer politischer Kampfformen, insbesondere die Taktik der "begrenzten Regelverletzung" in der Lage war, politische Veränderungen von einigem Gewicht zu bewirken. Dabei zeigte sich bald, daß die Probleme des Bildungssektors nur als gesamtgesellschaftliche zu lösen waren und daß die politische Aktion immer wieder auf Grenzen stieß, die durch die kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaft vorgegeben waren. In der Studentenrevolte erwies sich deutlich, daß die Ideologie des Wiederaufbaus mit ihren konformistischen und autoritären Zügen ihre Kraft verloren hatte. Angesichts des unbedingten Festhaltens der beiden am Ost-West-Konflikt beteiligten Seiten am status quo ließ sich die Studentenrevolte nicht mehr glaubhaft als ein Infiltrationsversuch "des Ostens" interpretieren. Die früher alles verkleisternde Ideologie des Antikommunismus war gegen die Studentenrevolte nicht effektiv zu mobilisieren. Es war vielmehr offensichtlich, daß hier die Widersprüche der Gesellschaft von innen heraus thematisiert wurden. Plötzlich brachen Gegensätze auf, die

jahrelang unter dem Mantel des Antikommunismus und des Wiederaufbaus zwar objektiv nicht beseitigt, aber doch aus dem politischen Bewußtsein verdrängt waren.

Die Studentenrevolte hatte auf vielen Gebieten die Wirkung eines Signals. Im gesamten Erziehungssektor half sie erhebliche Umstrukturierungen durchsetzen. Sie machte bewußt, daß viele der bisherigen Formen des Zusammenlebens fraglich waren und verändert werden mußten. Die antiautoritär-hedonistische Komponente der Studentenrevolte breitete sich rasch aus.

Die Schülerbewegung und die Lehrlingsbewegung entwickelten entsprechend der Studentenrevolte neue politische Kampfformen. In den seit 1969 wiederholt auftretenden spontanen Streiks versuchten zum ersten Mal wieder größere Gruppen von Lohnabhängigen ihre Interessen auch gegen den Willen der sie und die Kapitalseite repräsentierenden Institutionen durchzusetzen. Die in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu Tage tretenden Widersprüche führten zu neuen Formen der politischen Beteiligung, wie z.B. den Bürgerinitiativen, erweiterten Planungs- und Mitbestimmungsmodellen. Vorallem aber gewannen sozialistische Theorie und Praxis in verschiedenen Ausprägungen von neuem an politischer Bedeutung.

Zur Zeit der großen Koalition konnte es noch scheinen, als würde der Eintritt der SPD in die CDU/CSU-Regierung den CDU-Staat auf eine besonders listige Weise verewigen. Zwar half die SPD in vielen Punkten, besonders deutlich in der Notstandsauseinandersetzung, Grundkonzeptionen der CDU durchzusetzen. Es erwies sich jedoch, daß auch diese Hilfestellung der CDU/CSU wenig nützte. Sie hatte in der Wirtschaftspolitik zu der keynesianischen Konzeption der SPD keine Alternative. In der Deutschland- und Ostpolitik, die mit dem weltpolitischen Ausgleich zwischen den USA und der Sowjetunion für die Bundesrepublik zunehmend dringlicher wurde, fehlten ihr konsequente Vorstellungen. Für die Behandlung der Studentenrevolte und ähnlicher neu auftretender innenpolitischer Widersprüche machte sie im wesentlichen nur autoritäre, repressive Vorschläge, die, wie die Erfahrung bald zeigte, die Problematik verschlimmerten, statt sie zu lösen.

Die SPD und die mit ihr seit 1969 verbündete FDP verfügten stattdessen auf fast allen Gebieten über die "moderner" Konzeptionen, die den gesellschaftlichen Problemlagen adäquater waren als die der tendenziell an den Standards der 50er Jahre festhaltenden CDU/

CSU. Die Tatsache, daß SPD und FDP angemessenere Lösungsstrategien vorschlagen konnten, führte zu den Wahlsiegen der sozial-liberalen Koalition von 1969 und 1972.

Dieser neuen Führungsgruppe gelang es (jedenfalls im Vergleich zu anderen kapitalistischen Industriestaaten), die Probleme der Konjunktursteuerung in der Phase nach der Rekonstruktion und die neuen wirtschaftspolitischen Strukturprobleme im wesentlichen zu lösen. Sie verstand es, das Protestpotential durch die Gewährung einer gut kalkulierten "repressiven Toleranz" jedenfalls zum großen Teil in das gesellschaftliche System zu integrieren und für seine Modernisierung auszunutzen. Soweit dieser Spielraum überschritten wurde, scheute sich die neue Koalition in Einzelfällen nicht, härteste Mittel einzusetzen, die selbst in den 50er Jahren nicht angewendet worden waren. Schließlich kam die sozial-liberale Koalition durch eine neue "Ostpolitik", die auf eine vollständige Anerkennung des gesellschaftlichen und territorialen status quo in Mittel- und Osteuropa hinzielt, dem Sicherheitsbedürfnis der Massen entgegen. Hatte sich erwiesen, daß die "Politik der Stärke" keine Sicherheit garantieren konnte, so sollte dieses Ziel jetzt durch formelle Verträge und nachbarschaftliche Zusammenarbeit erreicht werden. Innenpolitisch war diese Politik möglich geworden, weil der in der Wiederaufbauphase für die Entwicklung der Bundesrepublik konstitutive Antikommunismus in der bisherigen Form historisch überflüssig geworden war. Die innere Konsolidierung der Bundesrepublik ermöglichte den Verzicht auf das bisherige Feindbild "des Kommunismus". Die innere Festigung der Bundesrepublik gestattete sogar die faktische Außerkraftsetzung des KPD-Verbotes von 1956 durch die offiziöse Wiedezulassung der DKP und die Einstellung der Kommunistenverfolgungen im Jahre 1968.

An der ökonomischen und politischen Grundstruktur der Bundesrepublik hat die sozial-liberale Koalition bisher nichts geändert. Die große gesellschaftspolitische Alternative, die die SPD noch in den 50er Jahren repräsentierte, stellt sie heute nicht mehr dar. Auf fast allen Gebieten erscheint der neue SPD-Staat als Vollstrecker des alten CDU-Staates: Beinahe immer erweist sich bei näherem Hinsehen, daß die SPD/FDP-Regierung die alte Politik nur in einer historisch adäquaten Form fortsetzt.

Bei aller Kontinuität zum CDU-Staat gibt es eine Differenz: Innerhalb der SPD und zum Teil auch der FDP finden auch diejenigen politischen Tendenzen ei-

nen gewissen Niederschlag und Schutz, die mittel- und langfristig gesellschaftliche Umstrukturierungen auch im Hinblick auf die Verwirklichung sozialistischer Alternativen anstreben. Indem vor allem die SPD die darin zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht einfach unterdrückt, sondern ihnen jedenfalls einzelne Spielräume und Betätigungsfelder überläßt, kann sie die Bedingungen für eine neue, die dritte Phase in der Geschichte der Bundesrepublik offenhalten, die die jetzige ablösen könnte.

Anmerkungen

- 1 vgl. dazu Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Opladen 1970, Seite 64 ff. mit weiteren Nachweisen
- 2 vgl. dazu Huster u.a., Determinanten der west-deutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt 1972, S. 44 ff.
- 3 vgl. dazu Grosser, Deutschlandbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945, 4. Aufl., München 1972, S. 100 ff.
- 4 Zur ökonomischen Interessenfundierung der amerikanischen Europapolitik nach 1945 vgl. Joyce und Gabriel Kolko, The Limits of Power, The World and the United States Foreign Policy, 1945-1954, New York etc. 1972; David Horowitz (Hg.), Big Business und Kalter Krieg, Frankfurt 1971; Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa - Amerika, 6. Aufl., Frankfurt 1972, besonders S. 6-33
- 5 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 42 ff.
- 6 Zur Struktur der amerikanischen Europapolitik nach 1945 vgl. David Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. I u. II, Berlin 1969; William Appleman Williams, Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt 1973; Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949, Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966
- 7 Zur Struktur der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945 vgl. Hartwich, a.a.O., bes. S. 61-117; Huster u.a., a.a.O., bes. S. 9-68; Hans Schwarz, Vom Reich der Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied und Berlin 1966; Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971
- 8 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 47 ff.; Hartwich, a.a.O., S. 66 ff.
- 9 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 72 ff.
- 10 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 41
- 11 vgl. Schwarz, a.a.O., S. 81; Huster u.a., a.a.O., S. 59 ff.
- 12 vgl. dazu Wolfgang Abendroth, Bilanz der soziali-

stischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, 2. Aufl., Neuwied und Berlin 1972, S. 429 ff.

- 13 Abendroth, a.a.O., S. 449
- 14 Abendroth, a.a.O., S. 438
- 15 vgl. dazu Abendroth, a.a.O., S. 436-444
- 16 Wiltraut Rupp-v. Brünneck, Einführung in die Verfassung des Landes Hessen und in das Grundgesetz, in: Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 27. Aufl., Bad Homburg usw. 1973, S. 22
- 17 Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Frankfurt 1970, S. 150 ff.; Ute Schmid/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971, bes. S. 23-30
- 18 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 214 ff.
- 19 abgedruckt in Huster u.a., a.a.O., S. 424 ff.
- 20 vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 220
- 21 abgedruckt in Huster u.a., a.a.O., S. 429 ff.
- 22 Zur Politik der SPD in der Nachkriegszeit vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 120 ff.
- 23 Kurt Schumacher, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, Referat, gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover im Mai 1946, abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 363, hier S. 369
- 24 Zitiert nach Huster u.a., a.a.O., S. 132
- 25 vgl. dazu Kurt Schumacher, a.a.O., S. 369/70
- 26 vgl. dazu Hartwich, a.a.O., S. 57 ff.
- 27 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 154 ff.
- 28 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 160/1; Hartwich, a.a.O., S. 92 ff.
- 29 vgl. dazu Sörgel, Konsensus und Interessen, eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969, S. 77 ff.; Huster u.a., a.a.O., S. 168 ff.
- 30 abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 388 ff.
- 31 vgl. dazu Eberhard Schmidt, a.a.O., S. 173 ff.
- 32 vgl. dazu Huster u.a., a.a.O., S. 175 ff.
- 33 vgl. dazu den Aufruf des Zentralkomitees der KPD

- vom 11. Juni 1945, abgedruckt in Huster u.a., a.a.O., S. 356 ff.
- 34 vgl. dazu Schmidt/Fichter, a.a.O., S. 40 ff.
- 35 vgl. dazu Abendroth, a.a.O., S. 450 ff.
- 36 vgl. dazu Hartwich, a.a.O., S. 61-117
- 37 Zur Verwirklichung des Programms der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesgesetzgebung vgl. Hartwich, a.a.O., S. 119 ff.
- 38 Zu diesem Begriff vgl. Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt, o.J.; Zur Konkretisierung des Ansatzes von Janossy siehe auch H.M. Hutter/G. Nahr, Aktuelle Grenzen kapitalistischer Entwicklung in der BRD, Zum Problem von Rekonstruktionsperiode und Wachstumsstrategie, Starnberg 1971
- 39 vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, Stuttgart und Köln o.J., S. 548/9
- 40 vgl. Statistisches Jahrbuch 1953, a.a.O., S. 549
- 41 vgl. Statistisches Jahrbuch 1953, a.a.O., S. 551
- 42 Zur Analyse der Hintergründe des "Wirtschaftswunders" vgl. insbes. Henry C. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955; Theodor Prager, Wirtschaftswunder oder keines?, Wien 1963; Kurt Pritzkolet, Gott erhält die Mächtigen, Rück- und Rundblick auf den deutschen Wohlstand, Düsseldorf 1963; Grosser, a.a.O., S. 264-319
- 43 vgl. dazu den Wortlaut der sowjetischen Note vom 10. März 1952 mit dem Entwurf für einen Friedensvertrag, abgedruckt bei H.v.Siegler, Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bd. III, Bonn usw. 1961, S. 138 ff.
- 44 vgl. dazu die Noten der drei Westmächte an die Sowjetunion vom 25. März 1952, abgedruckt bei H.v.Siegler, a.a.O., S. 140 ff.
- 45 vgl. dazu Paul Noack, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart usw. 1972, S. 57 ff.
- 46 so der Untertitel des Sammelbandes von Gustav Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik, Frankfurt 1966
- 47 vgl. dazu Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-55, Frankfurt 1971

- 48 vgl. dazu die Rede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, S. 7052 ff.
- 49 vgl. dazu: Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970
- 50 Kurt Pritzkolet, Das kommandierte Wunder, Wien usw. 1959, S. 775
- 51 vgl. dazu Grosser, Deutschlandbilanz, a.a.O., S. 162-164
- 52 zur Spiegel-Affäre vgl. Jürgen Seifert/Alfred Grosser, Die Spiegel-Affäre, Bd. I + II, Olten 1966
- 53 vgl. dazu Leibfried, Die angepaßte Universität, Frankfurt 1968, S. 7 ff.; Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1970; Altvater/Huisken, Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971
- 54 vgl. dazu Ernest Mandel, Die Deutsche Wirtschaftskrise, Lehren der Rezession 1966/67, 3. Aufl., Frankfurt 1969; Huffschtmidt, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969

Leicht erhältliche Literatur zur Einführung in die
=====

Geschichte der Bundesrepublik
=====

1. Zur Entstehung der Bundesrepublik

- Autorenkollektiv Huster u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt 1972 (edition suhrkamp Nr. 575, DM 7,--)
- Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948, Berlin 1971 (Wagenbach Politik Nr. 27, DM 6,50)
- Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung, Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1970 (Europäische Verlagsanstalt, DM 15,--)

2. Zur Geschichte der Bundesrepublik allgemein

- Schäfer/Nedelmann (Hg.), Der CDU-Staat, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Bd. 1 und 2, Frankfurt 1969 (edition suhrkamp Nr. 370/1 und 370/2, zusammen DM 12,--)
- Alfred Grosser, Deutschlandbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945, 4. Aufl., München 1972 (Hanser-Verlag, DM 16,80)
- Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, 2. Aufl., Neuwied und Berlin 1972 (Luchterhand, Soziologische Texte Nr. 47, DM 38,--)
- Huffs Schmid, Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969 (edition suhrkamp Nr. 313, DM 4,50)

3. Zur Problematik des Grundgesetzes

- Abendroth, Das Grundgesetz, Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966 (Neske, DM 6,80)
- Jürgen Seifert, Grundgesetz und Restauration, Verfassungsgeschichtliche Analyse und synoptische Darstellung des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 mit sämtlichen Änderungen, Neuwied und Berlin 1974 (Sammlung Luchterhand, DM 8,80)